



Pressemitteilung

Allensbach-Studie zu elektronischem Bezahlen in der Kommune Zwischen Bürgerwille und Behördenalltag

Berlin, 19.10.2017. Um im Verwaltungsalltag eine schnelle und effiziente Abwicklung der gebührenpflichtigen Dienste zu gewährleisten, setzt die moderne Behörde auf elektronisches Bezahlen. Ein Bestreben, das auch im Sinne der Bürger hierzulande ist. Denn 61 Prozent der Befragten sehen in der Möglichkeit zum Bezahlen ohne Scheine und Münzen in kommunalen Ämtern eine Erleichterung. Bemerkenswert: Haben Bürger schon selbst in öffentlichen Institutionen kartenbasiert bezahlt, fällt diese Einschätzung sogar noch positiver aus. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, die im Juni 2017 im Auftrag der Initiative Deutsche Zahlungssysteme 1.437 Bundesbürger ab 16 Jahre befragte.

Den umfangreichen E-Government-Ambitionen des Bundes zum Trotz, hält der digitale Wandel in den deutschen Rathäusern und Ämtern bislang nur schrittweise Einzug. Um nicht den Anschluss an die Bedürfnisse und Wünsche der Bürger an einen zeitgemäßen Bezahlalltag zu verlieren, müssen sich Verwaltungsorgane auch bei elektronischen Bezahlssystemen noch besser aufstellen. Denn bargeldloses Bezahlen ist kontinuierlich auf dem Vormarsch – gesamtgesellschaftlich, vor allem aber innerhalb der jüngeren Generation. Während der Studie zufolge bereits 32 Prozent aller Bürger hierzulande bevorzugt bargeldlos bezahlen, gibt es mit den 30 bis 44-Jährigen sogar erstmals eine Altersgruppe, die ihre Gebühren grundsätzlich lieber mit Karte denn mit Scheinen und Münzen entrichtet.

Im Zuge der zunehmend relevanter werdenden digitalen Transformation stellt die Neuordnung der Bezahlpräferenzen auch neue Anforderungen an den Behördenalltag. Zwar besteht in rund zwei Drittel der kommunalen Ämter für Bürger bereits die Möglichkeit bargeldlose Bezahlssysteme wie die girocard zu nutzen. Doch bestehen weiterhin Optimierungspotenziale – vor allem dort, wo die Gebühren letztlich beglichen werden: Die bargeldlose Bezahlung an einem zentralen Kassengerät ist laut Studie weiter verbreitet (29 Prozent), als die deutlich verbraucherfreundlichere und praktischere Option direkt am Schreibtisch des Sachbearbeiters (25 Prozent).

Ein Gewinn für Bürger gleichermaßen wie für Behörden

Die Studie zeigt außerdem: Empfinden sechs von zehn Befragten (61 Prozent) die Möglichkeit der kartenbasierten Bezahlung in der Kommune als eine Erleichterung für Bürger, fällt dieser Wert bei denjenigen, die selbst schon bei einer städtischen Behörde bargeldlos bezahlt haben, sogar noch höher aus (73 Prozent). Laut Franz-Reinhard Habbel, Pressesprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, profitieren neben den Bürgern gleichermaßen Behörden vom E-Payment in der



Kommune: „Durch den effektiven Einsatz elektronischer Bezahlssysteme entfällt für Verbraucher die Notwendigkeit, vor dem Behördengang noch schnell Geld abzuheben. Auch das lästige Schlange stehen am Bezahlautomaten minimiert sich dank schneller und bequemer bargeldloser Zahlungsabwicklungen. In den Behörden selbst minimiert sich außerdem die Gefahr vor Einbrüchen, sobald der Bargeldbestand in den Ämtern sinkt. All das spart Zeit und Geld – nicht nur den Kommunen selbst, sondern am Ende auch dem Steuerzahler.“

So sehen es auch die Bürger selbst. Denn fast die Hälfte der Bevölkerung ist davon überzeugt, dass sich der bürokratische Aufwand in Kommunen durch das Angebot bargeldlosen Bezahls verringern lässt. Eine Verwaltung, die auf elektronische Bezahlssysteme wie die girocard setzt, geht somit auf die Bedürfnisse der Verbraucher ein. Schließlich besitzen 92 Prozent der Bevölkerung nach eigenen Angaben eine girocard. Gleichermaßen können die kommunalen Behörden Nutzen wirtschaftlicher und effizienzsteigernder Art aus der Modernisierung ihrer Infrastruktur ziehen. Denn mithilfe elektronischer Bezahlssysteme werden Abläufe in den Ämtern vereinfacht und der Behördengang lässt sich für Bürger komfortabel und modern gestalten.

Zur Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V.

Die Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. mit Sitz in Berlin versteht sich als Netzwerk für Unternehmen und Institutionen, die die bargeldlosen Bezahlverfahren der Deutschen Kreditwirtschaft akzeptieren oder die hierfür notwendige Infrastruktur bereitstellen. Sie bündelt die Interessen ihrer Mitglieder und vertritt sie gegenüber Politik und Medien. Der Verein recherchiert neue Einsatzmöglichkeiten, initiiert Pilotprojekte und unterstützt bestehende Aktivitäten seiner Mitglieder, insbesondere in den Bereichen Marketing, Public Relations und Public Affairs. Bereits seit zwölf Jahren beschäftigt sich die Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. mit dem Bezahlen in Deutschland.

Zu den Bezahlverfahren

In Deutschland gibt es über 100 Millionen girocards sowie Kundenkarten von Banken und Sparkassen - fast jeder Bürger hat sie in der Tasche. Seit Ende 2016 werden alle neuen girocards durch die Volksbanken Raiffeisenbanken und Sparkassen sowie seit kurzem auch durch einige Privatbanken mit integrierter kontaktlosfunktion ausgegeben, um direkt und ohne Aufladen vom Konto kontaktlos bezahlen zu können. Auch die GeldKarte, die kontaktbehaftete Prepaid-Funktion, die auf den meisten girocards vorhanden ist, ist weit verbreitet. Die GeldKarte ist eine "Geldbörse" in Chipform, die am Geldautomaten oder über das Internet aufgeladen werden kann. girogo ist die kontaktlose Funktion der GeldKarte. GeldKarte und girogo dienen damit vorrangig als Kleingeldersatz.

Weitere Informationen finden Sie unter www.Initiative-DZ.de

Kontakt

Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V.

Anne Ausfelder

Tel.: 030 – 21 23 42 2 – 71

Fax: 030 – 21 23 42 2 – 99

anne.ausfelder@initiative-dz.de